

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage

Druck und Verlag der E. Mecklen'schen Buchdruckerei (Inhaber D. Ströck), für die Schriftleitung verantwortlich D. Ströck in Neuenbürg.

Nr. 94

Neuenbürg, Samstag den 24. April 1920.

78. Jahrgang.

Deutschland.

Berlin, 23. April. Die deutsche Regierung hat durch eine Note in Paris mitteilen lassen, daß die Kopfstärke der Truppen im neutralen Gebiet des Ruhrbezirks die zulässige Zahl nicht mehr übersteige. — Die Kabinettsbildung in Sachsen soll dem bekannten mehrheitsfähigen demokratischen Abgeordneten Stöckert übertragen werden. — Die Unabhängigen in Sachsen haben eine Einheitsfront mit den Mehrheitssozialisten für den Wahlkampf abgelehnt. — Die Wiedergutmachungskommission hat der Offener Untertalmission mitgeteilt, daß sie ihre Zustimmung zu weiteren Kohlenlieferungen an Holland nicht erteile. Zunächst verlange Frankreich die volle Menge Kohlen, die ihm auf Grund des Friedensvertrags geliefert werden müsse.

Was dem Volkswirtschaftlichen Ausschuss

Stuttgart, 23. April. Der Volkswirtschaftliche Ausschuss des Landtags nahm am Donnerstag seine Sitzungen wieder auf, um die allgemeinen Ernährungs- und Wirtschaftsverhältnisse, wie sie in den Anträgen der Parteien niedergelegt sind, zu beraten. Ein Vertreter des Bauernbundes begründete den Antrag auf Abschaffung der Zwangsarbeitspflicht. Sie sei die Ursache der Ausbreitung der Zwangsarbeitspflicht. Die Zwangsarbeitspflicht der Bauern der Werke durch die Befreiung der Zwangsarbeitspflicht besser, allerdings auch teurer. Ernährungsminister Graf gab sehr eingehende Darlegungen über die Ernährungslage. Die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln sei nie schwieriger gewesen als jetzt. Die Zufuhr von Lebensmitteln seitens der Landwirtschaft habe nachgelassen, auch werden weniger lebensnotwendige Waren angebaut. Dies sei auf die Agitation von gewisser Seite zurückzuführen. Die Viehhaltung an die Hände habe die Ernährung noch weiter erschwert. Eine dauernde Senkung der Lebensmittelpreise durch Reichsanstalten sei unmöglich. In der Lebensmittelversorgung sei Württemberg auf die Zuweisungen vom Reich angewiesen. Bis 15. März waren im Lande 500 000 Doppelzentner Brotgetreide abgelehrt, beim Reich habe man noch ein Guthaben von 24 000 Doppelzentner. Berlin könne nicht mehr für Roggenkörner freigegeben werden. Der Minister empfiehlt hierfür die Verwendung von Weizen, die frei bewirtschaftet werden. Die Brauereien haben nur 5 Prozent des Biererzeugnisses erhalten. In Württemberg seien 650 000 Hektar nach dem Verteilungsschlüssel des Reiches zu wenig geliefert worden. Die Milchlieferung habe sich verschlechtert, die Fleischversorgung sich verschlechtert und werde vor dem Herbst nicht besser werden. Auch die Futterausichten sind trübselig. Eine Monotonisation an Futter müsse möglicherweise ausfallen. Der Reichswirtschaftsminister habe den Warmlieferanten 1 Million Hektar Zucker zugewiesen, aber noch ist Bericht vom Jahre 1919 (1) vorhanden. Der Minister habe in Berlin dringend gebeten, Zucker statt Warmlieferanten zugewiesen. Es sei keine Aussicht auf Erfüllung dieses württembergischen Wunsches vorhanden. Für Zucker fehlen die Zahlungsmittel. Die Zwangsarbeitspflicht könne gegenwärtig unmöglich aufgehoben werden. Einen Weg, wie die Bevölkerung bei Aufhebung der Zwangsarbeitspflicht die Lebensmittel aufzubringen solle, hätten der Bauernbund und die Bürgerpartei nicht gezeigt. Die Kosten der Lebenshaltung würden bei freier Wirtschaft pro Tag und Person um 5 Mark steigen. Die Preisbildung beim Getreide habe ein Beispiel für freie Wirtschaft. Auch die Gewerkschaften können keine Garantie für gute Versorgung geben. Der Minister bittet deshalb, die Anträge des Bauernbundes nach Aufhebung der Zwangsarbeitspflicht abzulehnen. Die Vertreter der Deutschen demokratischen und sozialdemokratischen, sowie der Zentrumspartei sprachen sich gegen die Anträge des Bauernbundes auf Aufhebung der Zwangsarbeitspflicht aus. Auch die U. S. D. stimmte dem bei. Ein Antrag der Regierungsparteien zu den wirtschaftlichen Fragen wird am Freitag zur Behandlung kommen.

Reisefrei einer Mutter.

Unter dieser Überschrift ist in der „Schwäbischen Tagwacht“ das folgende zu lesen:
Eine Mutter schreibt ihrem Sohn, der nach Rückkehr aus der Kriegesgefangenschaft bei der württembergischen Polizeiwehr angereist ist, u. a.:
„Am ... war große Betriebsamkeit in der ... fabrik, und da wurde vom Vater verlangt, entweder zu kündigen (sokort) und geht weg (von der Polizeiwehr) oder der Vater wird entlassen. Der Vater ist ganz außer sich, hat kein noch nicht wieder so anders anfangen. Und wenn du dich anderswohin begeben läßt, so bekommen es heraus. Wir sind nicht die einzige Familie, wo es so geht, es sind ihrer noch viele. ... Du magst hingehen, wo du willst, sie bekommen es heraus und unsere Familie hat darunter zu leiden. Der Vater ... (der Bruder) können in kein Geschäft mehr kommen, noch wegen deinem Beruf, wo du jetzt anläßt. Und du wirst doch so viel Einsehen haben, daß das nicht sein kann, von was wir denn leben, wenn keines mehr angenommen wird. ... (ein jüngerer Bruder) würde keine Behörde bekommen, die die Partei würde alles ausfindig machen. Daß die eine solche Macht über uns haben, ahnen wir nie. ... kann kann.“ So sagt das sozialdemokratische Blatt hinzu, nicht ohne eine gewisse Kenntnis dieser Reisefrei einer Mutter. Dieser Brief ist ein breites Zeugnis dafür, wie es jetzt in manchen Betrieben gewandt, wie plumboll eine gewisse aberredliche Gruppe einen starken Terrorismus ausübt. Gerade solche Leute, die häufig der Regierung Untätigkeit gegenüber Schieber und Wucherern vorwerfen, lassen vor keinem Mittel der Vergewaltigung zurück gegenüber Angehörigen der Polizeiwehr, die doch in erster Linie dazu da ist, das arbeitende Volk vor seinen schmutzigen Händen, Schieber und Wucherer, zu schützen. Wie soll denn eigentlich eine Regierung gegen Schieber und Wucherer vorgehen, wenn man ihr die Machtmittel, die sie dazu braucht, abschreiben will? Und wie kurzweilig und verständlich ist es auch, wenn Angehörige von Arbeiterfamilien verhandelt werden sollen in der Polizeiwehr zu bleiben. Nicht dem Schieb der demokratischen Staatsgewalt dienende Grundtugend soll sich doch gerade im Interesse der Arbeiter nicht einseitig, sondern möglichst aus Angehörigen aller Volksschichten, auch der Industriearbeiter, zusammensetzen. Aber das durch terroristisches Vorgehen verhindert, schädigt auf empfind-

liche die Arbeiterinteressen. Eine Frage für sich es ob, ob ein demokratischer Staat einen solchen Terror gegenüber Staats-einrichtungen dulden kann und will.“

Neue bolschewistische Vorbereitungen?

Berlin, 23. April. In der „Deutschen Tageszeitung“ werden heute sehr eingehende Angaben über ein weitverzweigtes System revolutionärer Vorbereitungen gemacht, die von Herrn Gohn-Kordhausen, der in diesen Dingen ja Erfahrung hat, und von Herrn Viktor Kopp, dem inoffiziellen Gefandten der Sowjet-Republik, geleitet werden. Nach den Angaben der „Deutschen Tageszeitung“, die wir als in der Hauptsache gut fundiert ansehen Grund haben, wird von den beiden Herren auch ein lebhafter Kurierdienst nach allen Seiten, insbesondere auch nach der Schweiz, nach Kopenhagen, nach Moskau und nach anderen und ein Briefdienst, der sich insbesondere der ausländischen Pressevertreter annimmt, aber gleichzeitig die Kampforganisation der kommunistischen Partei mit Geld versieht und verbottene Korbhandel treibt. Die „Deutsche Tageszeitung“ kommt zu dem Schluss, es sei keine Zeit zu verlieren, da Herr Kopp erklärt habe, er hoffe, vom 1. Mai an seine Tätigkeit öffentlich betreiben zu können. Auch wir für unser Teil halten dafür, daß diesen Zusammenhängen einmal nachgegangen wird. Herr Kopp, der ohne Frage sehr geschäftig operiert, dabei freilich von der seltsamen deutschen Semantik unterteilt wird, unter allen Umständen mit dem bolschewistischen Korbhandel in kaufmännische Geschäfte zu kommen, hat erst neulich vom auswärtigen Amt die Exterritorialität zugesprochen erhalten. Wir fürchten, es gibt für das auswärtige Amt, wie leider auch für einen großen Teil der deutschen Öffentlichkeit in Sachen Bolschewismus aber für ob, lang noch böses Erwachen.

Im den 1. Mai.

Berlin, 23. April. Die sozialdemokratischen Parteien haben in der Nationalversammlung den Antrag eingebracht, den 1. Mai als gesetzlichen Feiertag festzusetzen. Sie hoffen dabei auf die Unterstützung der Koalitionsparteien. Es ist aber wahrscheinlich, daß dieser Antrag abgelehnt wird, da das Zentrum sich entschieden dagegen ausgesprochen hat und die Demokraten ebenfalls in ihrer Mehrheit nicht für den Antrag zu haben sind. — Die christlichen Gewerkschaften in Bayern lehnen es ab, die Arbeit am 1. Mai ruhen zu lassen. Sie hätten nicht die geringste Veranlassung, sich an der Reisezeit zu beteiligen. Jede willkürliche Arbeitsruhe bringe unter dem Vorwand des Wirtschaftstodes immer mehr an den Abend. — **Berlin, 23. April.** In einer kühnen Stadtverordneten-Versammlung wurde gestern der Antrag auf Sonntagserbabe für den 1. Mai und Aufhebung des Schulunterrichts von den beiden sozialdemokratischen Gruppen angenommen. In Rußland entfernt man sich immer weiter von den sozialistischen Anschauungen. Während man den 1. Mai in der ganzen Welt als Arbeiterfeiertag betrachtet wissen will, ist er in Rußland zum Zwangsarbeitstag erklärt worden.

Die reaktionäre Reinigung.

Stettin, 23. April. In Ostpreußen ist auf Veranlassung des Stettiner Polizeipräsidenten eine Anzahl von Durchsuchungen vorgenommen worden, und zwar bei studentischen Verbindungen, sowie bei Einzelpersonen. U. a. wurde der von dem Kap. Borch bekannte Hauptmann Gense auf einem Gute bei Greifswald festgenommen. **Berlin, 23. April.** Der Untersuchungsausschuss hat beantragt, die Vernehmung der Strafverfolgung der unabhängigen Abgeordneten Heuer (Bater und Sobn) und Graf nicht zu erteilen. Wir möchten bis auf weiteres annehmen, daß das Plenum der Nationalversammlung diesen geradezu ungeheuerlichen Beschluß umstößt. Es geht nicht an, daß für Traub die Immunität außer Kraft gesetzt wird, während sie für einen Landesverrat von den Qualitäten des Herrn Graf sorglich aufrecht erhalten bleibt.

Die deutsche Nationalversammlung.

Berlin, 22. April. Zunächst wurde der Bericht des Ausschusses für Wohnungswesen über die Errichtung von Bergmannswohnungen entgegengenommen. Abg. Dr. Blum (D. R.) befragte, bei der Bewilligung von Subventionen aus Reichsmitteln für Bergmannswohnungen den Erwerb von dem Kohlenbergbau gleichzustellen. Abg. Herrold (Soz.) beantragte, auch die Halberstadter einzubeziehen, die Mittel aber nicht aus Reichsmitteln, sondern aus den Auslandsüberschüssen zu nehmen. Reichsarbeitsminister Schüle wies auf die großen technischen Schwierigkeiten hin, die dem Antrag entgegenstünden. Der Ausschussantrag mit dem Antrag Overstrotz wurde angenommen.

Die Bestimmungen über die Milderung der Wohnungsnot haben bekanntlich auf schwachem Boden. Ihre Rechtsgültigkeit ist zweifelhaft. Deshalb hat die Regierung jetzt ein Gesetz ausgearbeitet, das die Frage ordnen soll. Dieses Gesetz geht sehr weit und gestattet auch Eingriffe in die Freigabe und in die Unverletzlichkeit des Eigentums und der Wohnungen. Die bisher getroffenen Anordnungen und Maßnahmen sollen in Kraft bleiben. Es wurde dem Wohnungsausschuss überwiefen. Es ist die zweite Beratung des Gesetzentwurfes des Reichswahlgesetzes. Reichsminister Dr. Koch machte dazu Ausführungen, in denen er sagte, daß die erste Gefahr für die Abwimmlungsgebiete durch die früh einsetzende Reichstagswahl nicht verkannt werden dürfe. Die Wahlen in Ostpreußen und Oberschlesien zu versagen, wäre noch immer das geringste Übel zu sein. Hoffen wir, daß das ganze Vernehmen zum Verständnis in diesen Provinzen unterändert bestehen bleibt. Verdauerlich ist es, daß es uns verlagert ist, im Saargebiet und in Eupen und Malmedy wählen zu dürfen. Wir gebeten trotzdem der dortigen Wähler in Treue. Die sozialdemokratische Fraktion beantragt die Streichung des Absatzes, der den Soldaten das Wahlrecht nimmt. — Abg. Dohmann (Dem.) spricht dagegen. — Abg. Graef (D. R.): Ein Teil meiner Freunde glaubt, daß man Soldaten, die sich auf 12 Jahre verpflichten sollen, nicht von den politischen Rechten aus schließen darf. — Abg. Graf Posadowski (D. R.): Ein politisierendes, geworbenes Heer ist noch gefährlicher als ein politisierendes ausgehobenes Heer. Das heutige deutsche Heer darf nur ein geprüfetes Organ der Regierung sein. — Reichswehr-

minister Dr. Behler: Die Reichswehr braucht Ruhe und darum bitte ich, es bei der Regierungsvorlage zu belassen. Durch Verordnung will ich in den nächsten Tagen Wehrmannern einführen. Gestern war eine Abordnung der Marinebrigade bei mir, die unter Drohungen von mir verlangte, daß der Haftbefehl gegen Kapp und Erhardt zurückgenommen werde und Erhardt an der Spitze seiner Truppen bleibe. Ich habe es natürlich abgelehnt. Aber Sie sehen, daß eine politisierende Truppe eine Nothpolitik zu betreiben verliert. — Abg. Graf Dohna (D. R.) stimmt diesen Ausführungen zu. — Abg. Koberstein (Soz.): Wir wollen keine Politisierung des Heeres, aber wir wollen es nicht zum blinden Werkzeug einer einzelnen Partei machen. — Die Anträge werden abgelehnt. — Das Gesetz wird angenommen, ebenso die Vorlage über die Wahlkreisverteilung und die Wahlkreisverbände.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzentwurfes über die Wahl des Reichspräsidenten. Das Gesetz wird in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Ausland.

Wien, 23. April. Die Nationalversammlung nahm in fortgesetzter Budgetdebatte eine Reihe von Kapiteln an. Im Verlauf der Debatte verwarfen die Großdeutschen Straßner und Ufer die schwankende Außenpolitik des Staatskanzlers und erklärten, der Staatskanzler solle nicht internationale Politik, sondern nationale Politik verfolgen. Nur die Einverleibung in das deutsche Mutterland biete die Möglichkeit, aus dem Krieg herauszukommen. Sie behaupten, daß der Staatskanzler sich nicht der 3 1/2 Millionen Deutschen im schiedlichen Staate erweitere.

London, 23. April. Der Unterstaatssekretär des Handelsministeriums hat heute das Abkommen zwischen England und Frankreich unterzeichnet, betr. die Aufstellung der deutschen Handelschiffe. England sei sehr befriedigt. (Das glauben wir, unsere praktischen deutschen Schiffe sind für den englischen Rummel eine willkommene Beute. Schriftl.)

New York, 23. April. Die „New Yorker Times“ veröffentlicht ein Interview ihres Pariser Korrespondenten mit Foch, wobei der französische Oberbefehlshaber mit Einzelne gebende Bemerkungen über angebliche Vorlesungen der deutschen Propagandisten zur Sperrung ausländischer Organisationen auftrifft, wie sie z. B. von Stein und Scharnhorst zum Vorkommen gegen Frankreich ins Leben gerufen wurden. Foch erklärte, die Reichswehr und die Heerfreiwillingen seien absolut von reaktionärem Geist befeht. Diese Beschuldigungen des französischen Marschalls blieben leider in Amerika nicht ohne Wirkung.

Der Kuddelmuddel in San Remo.

Berlin, 23. April. Zu der Meldung des „Matin“ Ritti und Lloyd George hätten die Anwesenheit des deutschen Reichskanzlers in San Remo für wünschenswert erklärt, erfährt die „Post“ aus der Reichskanzlei, daß die deutsche Regierung von einem solchen Vorschlag keine Kenntnis erhalte.

Paris, 23. April. „Echo de Paris“ meldet, daß unabhängig von der Entwaffnung Deutschlands die Friedendruckauf der Tagesordnung von San Remo steht. Ministerpräsident Millerand hat eine ausführliche ablehnende Erklärung Frankreichs in dieser Frage überreicht. — Daraus meldet aus San Remo, daß die beschlossene Entwaffnung Deutschlands weitere Verhandlungen der Alliierten nötig mache. Die Alliierten seien sich völlig darüber einig, daß die Entwaffnung Deutschlands bis 30. Mai durchgeführt sein muß, und daß alle bewaffneten Abteilungen in Deutschland, die nicht der Reichswehr oder des gleichfalls bewaffneten alten Polizeiformation angehören, reiflich zu beseitigen seien. Die englischen Forderungen zur Entwaffnung gegen Deutschland seien eine Prüfung der zu erwartenden deutschen Einwendungen vor. — Die von französischer Seite inspirierten San Remo-Meldungen des „Temps“ enthalten die Drohung, wenn Lloyd George und Ritti auf ihrem Standpunkt verharren sollten, könne sich ihre Reich gezwungen sehen, zur Durchführung seiner Rechte aus dem Friedensvertrag von Versailles auf eigene Faust Schritte zu unternehmen.

London, 23. April. Das einzige, was bei der Konferenz in San Remo bisher klar zutage tritt, sei die Uebereinstimmung Englands und Italiens in Bezug auf die Haltung gegen Deutschland und ihr Abweichen vom Standpunkt Frankreichs. Während gewisse Blätter vor der Gefahr eines Erlabens der Derrlichkeit in den Beziehungen der Alliierten warnen, sei die große Mehrheit des englischen Volkes anderer Ansicht. Es begreife, daß es nicht sich um eine Gefahr der Entente handle, sondern vielmehr um Schaffung einer völligen Veröhnung der europäischen Völker und um die Rückkehr zu dem normalen Leben der Welt.

Washington, 22. April. Das Staatsdepartement hat den amerikanischen Botschafter in Rom aufgefordert, an der Konferenz in San Remo teilzunehmen, ohne sich jedoch an der Debatte zu beteiligen.

Genf, 23. April. Nach Pariser Meldungen geht der Vorschlag Lloyd Georges und Ritti darauf hinaus, daß die Kriegschuldfrage Deutschlands genau festgelegt wird, ebenso wie die regelmäßigen Zahlungen, die an Frankreich und Belgien zu leisten sind. Andererseits soll das besetzte Gebiet eingeschränkt werden, dagegen sollen Frankreich und Belgien in der Besetzung der Rheinprovinz nicht mehr auf 15 Jahre beschränkt werden, sondern die Freigabe soll von der Bezahlung der letzten Kriegsschuldung abhängig gemacht werden. Selbst gegen diesen Vorschlag scheint sich jedoch, den französischen Zeitungen zufolge, Millerand ganz entschieden erklärt zu haben. Er schlägt auf der Ausbreitung der Besetzung Frankreichs und schlägt die Besetzung des Ruhrgebiets vor wegen der rückständigen Kohlenlieferungen.

Aus Stadt, Bezirk und Umgebung.

Samstagsgedanken (24. April 1920.)

Dienen.

Wir brauchen nur einmal entschlossen anzufangen, dann geben und die Augen auf und wir leben rings um uns her aufgetrocknetes Ackerfeld, in das wir die Saat des dienenden Liebes austreuen können. Und glaubt es mir, Abes solchem Leben

Neuenbürg
1/7 Uhr
Corps
wird erwartet
angenommen
belegt werden
merklich gemacht
Abmäh
Brand, Cho
1/2 Uhr von Galm
zahlreiche Be
erwartet.
mandant.
weine
Traube
gabe des Dep
April, von
Einpänner
genwinden,
starke Kell
und noch
uhrmann.
ung.
Mts. wurden
Gegenstände
erfahrene Gh
Defertlöfch
2 verfilb. Gh
es am Griff
löffel, ameril
P. H. S. 11
Gabeln G. P.
erkmuttergriff
offen mit Pel
stirter Damen
1 Paar leh
n Noirefeld
Bezug von 30
und Herbel
Belohnung
Karlsruhe oder
ngut
Schwarz
und Preis
ie der Ge
n. G. R.
en
uckerei.
Karlsruhe L. 2
885/4
187/4
186/4
477
Soda Mt. 849
85
140



und Dienen wird unser Leben reich und erlangt Wert für Gott und für die Menschheit.

Wacht, wo es keinen Herrn und keinen Diener gibt! Wo ein dem andern dient, weil ein das andere liebt.

Neuenbürg, 24. April. Ab Montag, den 26. April verkehrt das Fränkisch-Bildbad-Förzheim auf allen in Betracht kommenden Stationen je 6 Minuten früher, hier in Neuenbürg ab 6.30 nunmehr 6.15.

Birkenfeld, 24. April. (Spiel und Sport.) Zur Begegnung des 1. Fußballklub Birkenfeld gegen Hertha Karlsruhe sei noch kurz erwähnt, daß diese Klub wohl die sympathischste unserer Gegenseite ist. Das Spiel wird insofern an Interesse gewinnen, als die Gäste alles daran setzen werden, den Sieg zu erringen, um ihren weiteren Verbleib in der A-Klasse zu sichern.

Feldrennach-Fingweiler, 21. April. Unser fruchtbares und mit geistvollen Köpfen von jeder gelegnetes Schwabenland hat immer viel auf eine gute und erzieherische Volksschule gehalten, und im Weltkrieg hat es sich gezeigt, daß schwäbischer Geist des Selbstvertrauens und überbitteren Durchhaltens anier Württemberg vorwärts an die erste Stelle in Deutschland gestellt hat. Das war und ist ein bleibendes Ruhmeszeichen unseres Landes, die allgemeine Bildung, mannhafte Tapferkeit und klaren Verstand erscheinenden Volkselementen. In der weiteren Entwicklung, das unser Volk geistig noch höher geführt werden kann und nach dem unglücklichen Kriegsausgang möglichst hoch gehoben werden muß, liegt es für die Lehrerschaft in Württemberg hauptsächlich anliegen, die hierzu nötigen Grundlagen bildungsmäßig zu schaffen. Es gilt, unsere Bevölkerung für die moralische und wirtschaftliche Gesundung wieder zusammenzuführen und ein wiedereres und arbeitsfreudiges Kernvolk dauernd zu schaffen. Dazu ist bisher keine Art von Grundschule gut genug gewesen. In der simultanen Grundschule erkennen unsere Lehrer die ideale, künftige Volksschule. Ihrer Einführung erfordert große Opfer an Zeit und Geld und festes Vertrauen der Bevölkerung an den unbedingten Wert dieser Sache. Versuchen zu gewinnen und die Bürgerchaft über den gedachten Nutzen des neuen Schulwesens aufzuklären, hatten wir am 20. April in Feldrennach und am 21. April in Fingweiler das Vergnügen, unseren Herren Hauptlehrer Bösch anlässlich Pressen zu hören. Er meinte die nicht sehr dankbare Aufgabe in wichtigen Jagen und konsequenter Forderung. Gleichzeitige jenseits die Schulhöfen hat und wurden in beiden Orten von den Konfirmanden und Mitschülern genährte Vorträge gehalten, in Feldrennach von Hauptlehrer Bösch, in Fingweiler von Hauptlehrer Scheuermann geleitet und in beiden Orten von Hauptlehrer Trauger eingeleitet. Der Dank unserer Gemeinde für alle Mühe und Arbeit ist unseren Lehrern sehr. Hoffen und wünschen wir, daß der von ihnen angeregte fromme Wunsch dem Heile des Vanges dienlich.

Württemberg.

Stuttgart, 23. April. (Wer ist minderbemittelt?) In Stuttgart wird es künftig zwei Klassen geben, die Minderbemittelten mit einem Einkommen von höchstens 8000 Mark. In Weilbronn sind minderbemittelt alle einheimischen Personen mit 2000 Mark und Donnhaltungen von 7-12 Personen mit einem Einkommen von 3800-7800 Mark.

Heiltingen, 23. April. (Eine Fortsetzung der Rebellhölle entdeckt.) Der Heiltinger Generalanzeiger berichtet, daß eine etwa 170 Meter lange, in fünf prächtigen Böden sich hinziehende, bisher unbekannt Fortsetzung der Rebellhölle benannt werden kann. Diese neuen Höhlen liegen südwestlich hinter der Rebellhölle. Ein in westlicher Richtung laufender Gang führte noch nicht auf seine ganze Länge untersucht werden. Er wird auf 80 Meter geschätzt. Die Höhlen besitzen sehr schöne Tropfsteinbildungen.

Schramberg, 23. April. (Kontrollkommission.) Am Donnerstag traf hier eine Abordnung der interalliierten Kommission aus Stuttgart ein. Sie besteht aus zwei deutschen und zwei französischen Offizieren und hat die Aufgabe, die bürgerlichen Gemeindeführer, Jungmann und Hamburg-Amerikanische Überlandfahrt auf Abrechnung zu kontrollieren.

Reichenbach, D.-H. Ravensburg, 23. April. (Vor der Hochzeit in den Tod.) Am letzten Montag dem Vorabend ihrer Hochzeit, machte in Albersbach ein etwa 30 Jahre altes Mädchen ihrem Leben dadurch ein Ende, daß es sich auf der Bühne erhängte. Ueber die Beweggründe zu dieser unglücklichen Tat sind verschiedene Gerüchte im Umlauf, besonders das von einer Abweisung der Angehörigen gegen die Heirat.

Grailsheim, 23. April. (Todesfall.) Der Landtagsabgeordnete Karl Verroth, Mitglied der Fraktion des Wirts, Bauern- und Bergbauernbundes und Landwirt in Jagstheim, ist im Alter von 46 Jahren nach längerem Leiden gestorben. Sein Nachfolger im Mandat zur Landesversammlung ist der Landwirt Wilhelm Dingler von Calw. Da man aber vor Neuenbürg steht, kommt die praktische Ausübung des Mandats kaum noch in Frage.

Baden.

Förzheim, 23. April. Der 23jährige Kaufmann Karl Weigl, der sich erschoss, verstarb diese Tat, weil er die Einreise-Erlaubnis ohne eine Stellung in Tokio vom japanischen Konsul in München nicht erhielt, nachdem er dessen Zustimmung zugesprochen hatte, im Kriegsfalle sich dem japanischen Heer zur Verfügung zu stellen. In Würten bei Förzheim wurde bei Streckhändeln hunger Durchen der 23jährige Arbeiter Wilhelm Schaufelberger erschoten. Der Täter, der 23jährige Hilfsarbeiter Wilhelm Reich hat sich gesteuert. Der Streit entstand, weil dem Reich aus Fenster geklopft worden war.

Offenburg, 21. April. Gestern abend 9.45 Uhr brach in den zur landwirtschaftlichen Halle gehörigen Stallungen Großfeuer aus, das rasch um sich griff, so daß die Rettung der darin untergebrachten 22 Pferde, 2 Jungtiere, 4 Jugoehnen und zahlreicher landwirtschaftlicher Maschinen und großen Mengen von Futtermitteln nicht mehr möglich war. Die darin untergebrachten Futtermittel wurden teilweise dem Kommunalverband. Die Entstehungsurache ist unbekannt, wird aber auf Curaschuld zurückgeführt. Der städtischen Feuerwehr gelang es nach großen Anstrengungen, die landwirtschaftliche Halle zu schützen, in welcher ebenfalls große Vorräte von Holz und Hafer untergebracht waren. Die Stadt verlor sämtliche zum Schaden zahlwerf gehörigen Pferde. Der Schaden wird auf mehr als 1 1/2 Millionen Mark geschätzt.

Rannheim, 21. April. Am 14. März ds. J. erschoss der 37 Jahre alte Anwaltsgehilfe Ludwig Braun aus Helmstadt, wohnhaft in Rannheim, in seiner Wohnung seine Frau, die seit Jahren mit anderen Männern Umgang hatte und nun ihm und seine zwei Kinder verlassen wollte, obwohl er ihr alles verziehen hatte, durch zwei Schüsse in den Kopf, die ihren sofortigen Tod zur Folge hatte. Braun hatte sich heute wegen Fortschlags vor den Geschworenen zu verantworten. Das Urteil lautete nach Minderheitsverhandlung auf Freispruch.

Guglingen, 22. April. Die Tochter eines Zimmermeisters starb nach Beuboden in einen schweren Unfall, einen mit überfahren versehenen Stief, der zum Draußenrennen von Neuheim. Der Stief durchdrang den ganzen Körper des Mädchens. Die schwere Verletzung führte den Tod des Mädchens herbei.

Vermischtes.

Sigmaringen, 22. April. Der Landwirt Johann Johann Madras, von hier, ein ruhiger und arbeitsamer Bürger, arbeitete am letzten Samstag auf dem Acker seiner Eltern. Der stolze Regen von hier war in der Nähe beschäftigt. Er lag mit Waldraff aus geringfügiger Ursache einen Streit an,

in dessen Verlauf er Waldraff zuerst furchbar verprügelte, dann mit einem scharfen Messer einen so gefährlichen Stich in den Rücken versetzte, daß der Verletzte ins Krankenhaus verbracht werden mußte. Der Täter hat schon manches auf dem Kirchhof. Vor einem Jahr schlug er den Feldhüter Horn bis zur Bewußtlosigkeit. Bald nach der Verhandlung starb dieser. Der Mordling erhielt damals aber nur eine geringe Strafe.

Ein Zeichen der Zeit. In Ansbach war die Luftschiffsteuer neuerdings ergebnislos, daß im vergangenen Jahr die Armenliste auf lediglich 10000 Personen vermindert wurde, sie hat sogar noch einen Ueberschuß von 10 000 Mark.

Verbot. Auf Veranlassung der Reichsgetreidestelle werden Feigwarenfabriken, die Kadein und Mollaroni herstellen, stillgelegt, da Mehl nicht mehr geliefert werden könne und die vorhandenen Vorräte zur Brotverfertigung verwendet werden müssen.

Eine Gewitterkatastrophe. In Sachsen wurde am Montag die Gegend von Meißen, Freiberg und Riesa von einem schweren Gewitter mit Hagelschlag und Wolkenbrüchen heimgesucht. Am größten ist der Schaden in Riesa. Die Wassermassen bahnten sich ihren Weg über Felder, Wiesen und Acker, die Feldfrüchte mit sich nehmend samt dem sie nähernden Boden, Mauern und Häuser zerstörend und forttragend. Straßen hoch überschwemmend und in die Häuser eindringend, die Bewohner zur Flucht zwingend, nachdem sie kaum die notwendigen und wertvollen Habe in Sicherheit gebracht hatten. In einem der Reichsbahner des Autobahnen wurde die in älteren Jahren lebende Frau des Bahreit-Spediteurs Böhmel von der Wasserflut überrollt. Die Wassermauern legten den Raum in Wasser zur Decke unter Wasser und die Frau mußte elend ertrinken.

Neuere Nachrichten.

Stuttgart, 23. April. Die Vereinigten Gewerkschaften erlassen einen Aufruf an die organisierte Arbeiterchaft zur Arbeitseinstellung am 1. Mai. Eine einseitige Meißer wie in früheren Jahren sei leider infolge der Spaltung der Arbeiterchaft nicht möglich. Die Kundgebung soll dem Arbeiterchaft, dem Vorkriegsmitglied und der Gleichberechtigung aller Menschen gelten. Nur die lebensnotwendigen Betriebe sollen offen gehalten werden.

Leipzig, 24. April. Auf der Landesversammlung der U. S. V. Sachsen erklärte die Vorstands, Wipack, zu den beurlaubten Wählern, daß der Kampf der U. S. V. D. nach allen Seiten, auch gegen Rechtssozialisten und Kommunisten, geführt werden müsse.

Berlin, 23. April. Infolge der Beurlaubung des Majors von Wills, des Chefs des Stabes des Reichswehrministeriums, haben alle 8 weiteren Offiziere des Stabes um ihre Beurlaubung nachgesucht. Die gewerkschaftlichen Organisationen werden morgen beim Reichswehrminister vorstellig werden, damit die frei werdenden Stellen im Reichswehrministerium mit gewerkschaftlichen Funktionären besetzt werden. Kaiser in Berlin haben auch die Reichswehrformationen in Stettin, Bommern und im Osten wirtschaftliche Forderungen an das Reichswehrministerium erhoben. Die Reichswehr in Dresden und Leipzig hat durch ihre Beurlaubung gegen die Entlassungen von Offizieren beim Reichswehrministerium Vorkerbungen erhoben.

Berlin, 23. April. In der Nationalversammlung wurde heute der Antrag Vorstakt (Dem.) gegen die Ausdehnung der Versicherungspflicht bei der Krankenversicherung angenommen. Angenommen wurde ferner in dritter Beratung das Reichstagswahlgesetz in einer Gesamtabstimmung mit 301 Stimmen und das Gesetz über die Schaffung des Landes Thüringen. Die Erhebung der Postgebühren ist vom Ausschuss der Nationalversammlung angenommen worden. Gegen die von der Entschlossenheit berechnete Verteilung der oberdeutschen Kohle erhob die deutsche Regierung scharfen Einspruch, weil dadurch die Versorgung Deutschlands so schwach sein würde, daß von einer ordnungsmäßigen Kohlenwirtschaft nicht mehr die Rede sein könnte. Ein Erlaß des Kultusministers über die des Ermessen der Schulverbände, ob am 1. Mai die Schulen geschlossen werden sollen, oder nicht. Aus dem Fernschreiben vom Unterrichts darf keinem Lehrer oder einem Schüler irgend ein Recht erwachsen. Zur Frage der Schließung des Landes im Westen" erklärt die Deutsche Allgemeine Zeitung" von zuständiger Seite: Die Befreiung ist jetzt vollkommen in der Hand der Reichsregierung. Der Provinziallandtag der Provinz Sachsen wählte den Deutsch-Nationalen Reichherr v. Wilmowski mit 72 Stimmen zum Landeshauptmann, während der unabhängige Gegenkandidat 63 Stimmen erhielt. In Ehren des aus dem parlamentarischen Leben ausscheidenden Friedrich v. Bayer hat getreten eine Abschiedsfeier der Deutsch-demokratischen Fraktion der Nationalversammlung stattgefunden. In Kiel wurden zwei Herren und eine Dame aus Berlin verhaftet, die Gold- und Silberbarren im Wert von drei Millionen in einem Motorboot nach Dänemark schaffen wollten.

Paris, 23. April. Callaux ist zu 3 Jahren Gefängnis verurteilt worden. Die von ihm verübte Unterschlagung wird in der Weise angeordnet, daß er im ganzen noch ungefähr zwei Monate Gefängnis zu verbüßen hat. Callaux ist auch zur Zahlung der Kosten verurteilt worden, deren Betrag auf 22 000 Franken beschränkt wurde.

Paris, 22. April. Der in der gestrigen Sitzung des Vorkriegsministeriums zur Kenntnis gebrachte Bericht des Präsidenten der interalliierten Kontrollkommission für die Luftschiffahrt betont die Notwendigkeit eines energischen Vorgehens, um von der deutschen Regierung die Ausführungen der Bestimmungen betr. die Vernichtung der deutschen Militärflotte zu erlangen.

Paris, 23. April. „Damanite“ gibt eine Radkritik des „Daily Herald“ wieder, wonach Japan Russland den Krieg erklärt hätte. Amerika habe dabei Japan frei Hand in Sibirien gelassen.

Kopenhagen, 24. April. Die schwedische Regierung hat beschlossen, die Frage der Auslieferung Kapts vorläufig auf sich beruhen zu lassen. Wie zuverlässig verlautet, soll seine Familie sich bereits auf dem Wege nach Schweden befinden.

Amsterdam, 23. April. Wie „Allgemeines Handelsblatt“ meldet, hat der Vorkriegsminister der englischen Arbeiterpartei einen Antrag angenommen, daß gegen die Verwendung von fremden Truppen im besetzten Gebiet Deutschlands bei den alliierten Regierungen und beim Völkerverbund Protest erhoben und Zurückziehung der Truppen verlangt werden soll.

London, 23. April. Auf eine Anfrage im Unterhaus, ob diejenigen deutschen Kriegsschuldigen, die sich nicht vor Gericht wagten, sowie der normale Koffer ein Klot in Holland finden könnten, erwählte Bonar Law, der Gegenstand werde voranschicklich auf der Konferenz in San Remo behandelt werden. Einige Befangene, die auf der Liste der Kriegsschuldigen ständen, seien nicht freigelassen.

Das neue Landtagswahlgesetz.

Stuttgart, 23. April. Der Entwurf eines Landtagswahlgesetzes liegt nunmehr vor. Die wesentlichen Bestimmungen sind folgende: In 24 Wahlkreisen Württembergs sind 101 Abgeordnete im Wege der Verhältniswahl zu wählen. Die Abgeordnetenliste sollen verteilt werden nach dem Verhältnis der im ganzen Land für die einzelnen Parteien insgesamt abgegebenen gültigen Stimmen. In den einzelnen Wahlkreisen werden Kreiswahlvorschlagslisten aufgestellt, die allein als Grundlage der Abstimmung dienen. Die Summe der im ganzen Land auf alle Kreiswahlvorschlagslisten abgegebenen gültigen Stimmen, verteilt durch die 101 Abgeordnetenstimme, ergibt die Verteilungszahl (Wahlzahl). Jede Kreiswahlvorschlagsliste, die die Wahlzahl oder ein Mehrfaches an Stimmen erreicht hat, erhält die entsprechende Anzahl von Sitzen zugeteilt. Jede Partei wird damit rechnen können, in den einzelnen Wahlkreisen

einen, höchstens zwei Abgeordnete durchzubringen, mit Ausnahme von Stuttgart-Stadt. Die Größe der Wahlkreise ist durchschnittlich auf 100 000 Einwohner bemessen. Die Zusammenlegung ist nach geographischen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten erfolgt. Die Verteilung der bei der ersten Verteilung auf die Kreiswahlvorschlagslisten verbliebenen Reststimmen erfolgt auf dem Weg über Landeswahlvorschlagslisten. Während die Kreiswahlvorschlagslisten bis zu 6 (Stuttgart bis zu 16) Bewerber enthalten dürfen, können auf der Landeswahlvorschlagsliste beliebig viele Bewerber stehen, denn diese Liste dient nur zur Verteilung der Reststimmen. Werden die verfügbaren Sitze durch die Verteilung nach dem Kreiswahlvorschlagsliste erschöpft, so fallen die letzten Sitze den größten hierbei verbliebenen Restzahlen zu. Die Landeswahlvorschlagslisten müssen 12 Tage vor dem Wahltag eingereicht werden. Jeder Wähler hat eine Stimme. Die amtlich bereitgestellten Stimmzettel können nur unverändert abgegeben werden. Die Streichung oder Befügung von Namen wird nicht beachtet. Die Kosten der Erstellung, Vorbereitung und Durchführung der Wahlen sind von den Gemeinden zu tragen. Bemerkenswert ist noch, daß die bei der Verhältnisverteilung zu verteilenden Sitze nicht ausschließlich den Landeswahlvorschlagslisten zufallen, sondern zu Hälfte auf die an sie angeschlossenen Kreiswahlvorschlagslisten und zur Hälfte übertragen werden. Die einzelnen Wahlkreise sind: 1. Stuttgart (Stadtdirektionsbezirk) 309 197 Einwohner, 2. Oberamt Göttingen und Cannstatt 94 910 Einwohner, 3. Stuttgart-Kant und Oberamt Böblingen und Leonberg 125 570 Einwohner, 4. Oberamt Ludwigsburg und Marbach 98 040 Einwohner, 5. Oberamt Pöggendorf, Brackenheim, Maulbrunn und Raibingen-Ganz 104 018 Einwohner, 6. Oberamt Heilbronn und Redersheim 113 194 Einwohner, 7. Oberamt Gail, Reilstein, Gerbrunn und Reilstein 108 219 Einwohner, 8. Crailsheim, Gerbrunn und Reilstein 83 080 Einwohner, 9. Pfullingen, Gaildorf u. Waiblingen 83 949 Einwohner, 10. Kalen, Gailingen und Reilstein 84 742 Einwohner, 11. Gailingen, Schorndorf und Reilstein 94 973 Einwohner, 12. Göttingen und Göttingen 103 449 Einwohner, 13. Raitingen, Kirchheim und Göttingen 80 847 Einwohner, 14. Reilstein und Reilstein 84 822 Einwohner, 15. Reilstein, Gerbrunn und Reilstein 102 697 Einwohner, 16. Calw, Nagold und Reilstein 90 000 Einwohner, 17. Reilstein, Heilbronn und Reilstein 96 220 Einwohner, 18. Reilstein, Spaichingen und Sulz 84 722 Einwohner, 19. Reilstein und Reilstein 84 955 Einwohner, 20. Reilstein und Reilstein 125 941 Einwohner, 21. Göttingen, Heilbronn und Reilstein 80 301 Einwohner, 22. Heilbronn, Reilstein und Reilstein 97 078 Einwohner, 23. Reilstein und Reilstein 84 615 Einwohner, 24. Waldsee, Reilstein und Reilstein 86 580 Einwohner.

Zur Konferenz in San Remo.

San Remo, 23. April. Lloyd George erklärte vor dem Diner, zu dem er Willard eingeladen hatte, amerikanischen Journalisten, daß er der Ansicht sei, Deutschland habe den Vertrag nicht verletzt, und er sei der Meinung, daß Deutschland nicht in bösen Glauben gehandelt habe. Kam seiner Ansicht sei Deutschland ein fröhliches Land, wo die einzelnen Glieder des Völkern nicht mehr gebunden wolle. Man könne also nicht dieselben Anforderungen an Deutschland stellen, wie an ein fröhliches Land. Er verheißt nicht, daß die Forderung Deutschlands, eine Armee von 200 000 Mann zu behalten, nicht unvernünftig sei, mit einem Wort, er brachte mit der ganzen Autorität des englischen Premierministers und mit der ganzen Begeisterung, die ihm eigen ist, dieselben Argumente vor wie Deutschland.

London, 23. April. Zur Konferenz in San Remo bemerkt die „Times“ sein Standpunkt sei ruhig genug, den Frieden von Versailles zu verhandeln oder Frankreich und England einander zu entfremden. Sie gemacht zum Schluss die am Seite zum Entgegenkommen und warnt die andere vor einer isolierten Auftreten. Die „Westminster Gazette“ schreibt: Wir würden dem französischen Volk keinen Dienst erwiesen, wenn wir es in der Ueberzeugung bekräftigen, daß England Volk stehet unbedingt hinter Willard und Koch. Im Ernst wollen wir daselbe wie das französische Volk, die Entlassung Deutschlands, sobald es keine Bedrohung für seine Nachbarn bildet, die Bezahlung einer ansehnlichen Summe und etwähnliche Beziehungen mit Deutschland.

San Remo, 23. April. Der amerikanische Votschafter in Rom ist heute Vormittag hier eingetroffen, um der Konferenz beizumohnen.

Oberamt Neuenbürg.

Einföhrung von Vergütungsanerkennnissen.

Gemäß § 21 Abs. 3 des Kriegsdienstleistungsgesetzes werden die Gemeinden Neuenbürg, Birkenfeld, Feldrennach, Herrensalm, Höfen, Unterleibelsbach, Wildbad aufgeföhrt, bei den Anerkennnissen über Vergütungen für Kriegsdienstleistungen in den Monaten November 1918/Juni 1919 bei der Oberamtsprüfung behufs Empfangnahme der Kapitalsummen nebst Zinsen zuzulegen.

Der Zinsenlauf endigt am 30. ds. Mts. 1920.
Den 22. April 1920. Bullinger.

Wegiperra.

Die Strafe nach Jgelsch (Schwarzwalddistrikt) ist wegen Vornahme von Kanalisationsarbeiten von Montag, den 26. April ab auf die Dauer von 10-14 Tagen im Ortssetzer für den Fuhrwerksverkehr gesperrt.
Schömburg, den 24. April 1920. Schultheisenermann.

Bad Liebenzell.

Wegiperra.

Wegen Herstellung einer Stähmauer ist die Straß von Liebenzell nach Malsenbach für Fuhrwerke jeder Art bis auf Weiteres gesperrt.
Liebenzell, den 23. April 1920. Gemeinderat.

Zahnpraxis Schömburg.

Liebenzellerstr. 107.
Sprechstunden:
Berntags von 9-12 und 2-5 Uhr.
Streng gewissenhafte Behandlung.

Ständiges Inferieren führt zum Erfolg.

Son Montag
Nicht meine Wirt
ge

Die
Vereinsbank
steht vor ihrem
Zuvor weien
deram hin, daß
liegt, dafür zu so
nicht an Andere a
nach alsbald gelde
mehr im Besige
so wode er sich k
an uns wenden.
Bildbad, 2

Berfte
Lofarus, Rapp
Srinias, Bfem
Tabakfabrik
Liefere
Gute Zigarre
zu re
Berland unter
Chr. Schmie
Wied

Karl Weigl
Unter Zusiche
günstigen Bedingun
Ringmad
Fasser-
Presser-
Polim
Schanz u.
Ing. G.

Unter Zusiche
günstigen Bedingun
Ringmad
Fasser-
Presser-
Polim
Schanz u.
Ing. G.

Unter Zusiche
günstigen Bedingun
Ringmad
Fasser-
Presser-
Polim
Schanz u.
Ing. G.

Unter Zusiche
günstigen Bedingun
Ringmad
Fasser-
Presser-
Polim
Schanz u.
Ing. G.

Unter Zusiche
günstigen Bedingun
Ringmad
Fasser-
Presser-
Polim
Schanz u.
Ing. G.



Neuenbürg.

Son Montag, den 26. April 1920 ab
wird meine Wirtschaft wegen Umzug bis auf weiteres
geschlossen.

Fix zum „Palmenhof“.

Die Liquidation der
Vereinsbank Wildbad e. G. m. u. H. in Wildbad
steht vor ihrem Ende.

Zuvor weisen wir noch deren frühere Schuldner
darauf hin, daß es in ihrem eigenen Interesse
liegt, dafür zu sorgen, daß die der Bank beistellten,
nicht an Andere abgetretenen Hypotheken im Grund-
buch alsbald gelöscht werden. Ist Jemand aber nicht
mehr im Besitze der hierzu erforderlichen Urkunden,
so wolle er sich längstens bis zum 5. Mai 1920
an uns wenden.

Wildbad, 23. April 1920.

Im Namen der Liquidatoren
Fr. Rath, Bankdirektor.

Versteuerte Tabake,

Zigarren, Kappencanaster, Arbeitwehre, Seemann,
Portmah, Piemontischer, Zigarettenfeinschnitt, der
Tabakfabrik Napp & Sohn, Mühlacker
liefern wir zum Fabrikpreise.

Gute Zigarren und rein orient. Zigaretten
zu realen und billigsten Preisen.

Verhand unter Nachnahme, Verpackung zum Selbst-
kostenpreis.

Chr. Schmid & Sohn, Tabakwarengroßhandlung,
Wildbad ::: Feraruf 85.

Karl Hensler, sen., Ailensteig wohn.



Spezialhaus für Werkzeuge
— empfiehlt —
Aexte und Beile,
Scheidkeile,
Waldsägen und Feilen etc.
Nur erstklassige Ware
mit Garantie.

Apfelmose



wird vollkommen ersetzt durch
Zapf's
Kunstmoseansatz mit Süsstoff
der beste Hausrunk.
Überall zu erhalten.
Nährmittelfabrik Zapf
Zell a. H. (Baden)

Unter Zusicherung gründlicher Ausbildung werden bei
billigen Bedingungen angenommen:

Ringmacher-
Fasser-
Presser-
Lehrlinge,
Polissenen-Lehrmädchen.
Schanz u. Rath Nachf., Pforzheim
Ind. G. Proß Luisenstr. 35.

Schön gelegenes
Land- oder Bauerngut

möglichst mit etwas Wald im nördlichen Schwarz-
wald oder Nähe
zu kaufen gesucht.
Offerten mit genauer Beschreibung und Preis-
angabe, wenn möglich mit Photographie der Ge-
bäude, unter S. G. 4085 an Ann. Gr. N.
Wolfe, Stuttgart.

Evangelisation in Conweiler

am Sonntag, den 25. ds. Mts., in der Kirche nachmittags
8 Uhr und abends 8 Uhr, wozu jedermann herzlich ein-
geladen wird.

Alle Arten
Schürzen,
weiße und farbige
Taschentücher

empfehlen in großer Auswahl

Phil. Bosh Nachf., Wildbad.

Gute Qualitäten. ::: Billige Preise.

Feder-Matratzen

in jeder Größe und guter Ausführung liefert



Hermann Krämer, Sattler u. Tapetiergeschäft,
Fabrikation von Patentmatratzen,
Höfen a. Erz, Telefon Nr. 27.

Zahn-Praxis

Hermann Engelbrecht,
Schömberg.

Lindenstr. 187, 1. neben der Kirche.

Billigste Preise! ::: Schonendste Behandlung!
17jährige Fachtätigkeit.
Auch für Krankenkassen!

Ein größerer Transport
erstklassiger, starker

Läufer-schweine

ist frisch eingetroffen und gibt diese zu den billigsten Tages-
preisen ab.

Ernst Buchter.

Langholz-Fuhrmann

kann sofort eintreten bei
E. L. Wagner, Sägewerk, Ernstmühl,
Post Dirlau, Telefon: Amt Calw Nr. 48.

**Pflüge, Cultivatoren,
Acker- und Wieseneggen
Mähmaschinen und Gabelheuwender,
Futter-schneidmaschinen,
Dreschmaschinen und Puzmühlen**

empfehlen

Georg Wackenhuth,
Maschinenwerkstätte,
Calw ::: ::: Telefon 142.

Dr. med. J. H. Greeff,

Facharzt für innere Krankheiten,
seither in Stuttgart, ist nach Höfen/Erz verzogen.
Beratungen für Auswärtige nach vorausgegangener schriftlicher
Vereinbarung. — Mitglieder von Kassen können nur privat
behandelt werden.

Pforzheimer Gewerbebank

G. m. b. H. (gegründet 1868),
Sternsbrucher 663 u. 2217, Zerronnenstraße 27.

Bank und Sparkasse.

Laufende Rechnungen mit und ohne Kredit. — Wechsel-
freie Scheck-Rechnungen. — Annahme von Sparbüchern in
jeder Höhe. — Aufbewahrung von Wertpapieren in feuer-
und diebstahlsicherer Verwahrung.

An- und Verkauf von Wertpapieren.
Ausführung aller bankmäßigen Geschäfte
zu vorteilhaftesten Bedingungen.

**Goldschmieds-Lehrlinge,
Polissenen-Lehrmädchen,
Hilfsarbeiterinnen**

werden zur gründlichen Ausbildung bei günstigen Beding-
angenommen.

Aug. Bleyer, Goldwarenfabrik, Neuenbürg.

Empfehle mein reichhaltiges Lager in

**Nähmaschinen
Fahrrädern** neu und
gebraucht

Mäntel und Schläuche
zu den billigsten Preisen.

Eugen Müller, Birkenfeld,
Telefon Nr. 18.

Wer
seine Wäsche schonen,
Arbeit, Feuerung und Geld sparen und
weniger Seife gebrauchen will,
verwende

BURNUS

zum Einweichen der Wäsche.

Burnus in kaltem oder lauwarmem Wasser (jedoch nicht über 40° C)
einwirken, die Wäsche darin einige Stunden — zweckmäßig über Nacht
einweichen lassen, dann nachspülen u. mit etwas Seife oder Cellulosepulver
kurz ledern. Das Wäsche-Einweichmittel Burnus ist überall erhältlich.
Hersteller: Chemische Fabrik Böhm & Hoos in Darmstadt.

Oberamtsstadt Neuenbürg.
Eier-Verkauf.

Am Montag, den 26. April
8 Uhr vorm. an Nr. 1—100,
8 1/2 U. vorm. an Nr. 101—200,
9 Uhr vorm. an Nr. 201—300,
9 1/2 Uhr vorm. an Nr. 301
bis etwa 370.
Städt. Lebensmittelstelle.
Schwann.

Eine
Ziege

mit 2 Jungen verkauft
Wilhelm Kaupp W.
Engelsbrand.

Eine
Ziege

mit Jungen hat zu verkaufen
Otto Stidel.

Biehbesitzer!

Wenn Ihre Kuh nicht rindeert,
oder wenn sie öfters rindeert und
nicht aufnimmt, dann verlangen
Sie kostenlose Auskunft von
G. Fr. Röbele,
Langenargen a/B. 15.

Herrnalb.

Eine schwere, sehr gute
**Rug- und
Fahrtuh,**

26 Wochen trächtig, hat zu
verkaufen
Hermann Kübler.

Birkenfeld,
2 hornlose
Ziegen

zu verkaufen
Bietlingerstraße 56.

Eine
Wiese

an der Haltestelle Engelsbrand
(17 Hektar) sofort zu verkaufen.
Näheres zu erfragen bei
Johann Heinz, Witwe,
Pforzheim-Bröhlingen,
Bettliche 370.

Gummiwaren

Muttersprigen, Frauentropf,
sanitäre Frauenartikel.
Kaufmann erbet. Verfaßb. Gen-
lager, Dresden 1, 13, Am See 17.



